

Die Bankeninitiative : Ein Stück politische [i.e. politischer] Bildungsarbeit

Autor(en): **Haymoz, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **74 (1980)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142857>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

URS HAYMOZ

Die Bankeninitiative: Ein Stück politische Bildungsarbeit

Die folgenden Gedanken und Schlußfolgerungen sind das vorläufige Resultat aus einer großen Zahl von Diskussionen um die Bankeninitiative mit Bankiers, Politikern, Dritte-Welt-Gruppen, Gewerkschaftern, kirchlichen Kreisen und Schülern. In veränderter und gekürzter Form habe ich diese Gedanken an der Bankentagung der Aktion Finanzplatz Schweiz—Dritte Welt und des Zentralsekretariats der SPS am 26. April 1980 in Zürich vorgetragen. U. H.

Ueberidentifikation und Angst bei den höheren Bankkadern

Bei den Reaktionen auf die Bankeninitiative müssen wir innerhalb der Banken zwei Gruppen unterscheiden:

1. die obersten Kader und deren Sprecher, im wesentlichen die Public-Relations-Abteilungen der Großbanken und die Sprecher der Schweizerischen Bankiervereinigung

2. die einzelnen Bänkler des unteren und mittleren Kaderns, die einzelnen Bankangestellten.

Die Gegner der Bankeninitiative sind bis heute vor allem die oberen Bankiers und teilweise die mittleren Bankkader. Diese Profis reagieren mitunter äußerst gehässig. Aussprüche wie «Ihr seid Nestbeschmutzer», «Ihr wollt die Banken an die Wand stellen und verstaatlichungsreif schießen», «Ihr wollt die Wirtschaft, überhaupt die Schweiz kaputt machen», «Was für eine Automarke fahren Sie eigentlich?» weisen auf eine akute Ueberidentifikation dieser Kader mit «ihrer Bank» hin. Derartige Aussprüche sind aber auch Zeichen von Unsicherheit und nicht zuletzt Unfähigkeit, sich selbst gegenüber auf kritische Distanz zu gehen. Die Public-Relations-Leute der Großbanken und der Bankiervereinigung geben dazu mit einer breiten Inseratenkampagne den stimmungsmäßigen Ton an.

Die oft stark emotional unterlegte Abwehrreaktion weist auf unterdrückte Angst hin, auf die Angst vor Veränderung. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es weniger der einzelne Bänkler ist, der die Bankeninitiative zu einer Systemfrage macht, es sind die hartgesottene PR-Leute, welche hier unter Einsatz von Millionen ideologische Aufbauarbeit leisten. Der in der straffen Bankhierarchie am unteren Ende sitzende Bankangestellte hat ein viel ausgeprägteres Gespür für Gerechtigkeit in Steuersachen und bei Fluchtgeldern als seine Vorgesetzten auf Direktorenebene. In den Direktionsetagen sind es eher die wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten der kommenden achtziger Jahre,

welche nachdenklich stimmen. Der engere Zusammenhang der bankpolitischen Unsicherheiten mit der Entwicklung in der Dritten Welt ist aber nur relativ oberflächlich bewußt. Solange die Wachstumsindikatoren stimmen, stimmt auch das Geschäft.

Die sachlich eng begrenzte Fragestellung der Bankeninitiative wird in den Diskussionen mit Kadern fast immer ausgeweitet. Die Frage an die Initianten «Was wollt ihr eigentlich?» steht immer am Anfang einer grundsätzlichen Diskussion. Schweizerische Entwicklungsfragen in der Wirtschaft, Fragen nach dem Sinn von blindem Bilanzsummenwachstum, derartige Fragen sind den Bankkadern nicht sehr geläufig. Handlungsanforderungen, welche nicht so ohne weiteres in betriebswirtschaftliche Zielgrößen umsetzbar sind, machen unsicher und führen zu Abwehr. Trotz dieser Feststellungen: die Bankeninitiative ist ein starker Katalysator; sie zwingt zu grundsätzlichen Debatten; sie fordert die Sinn- und Gerechtigkeitsfrage in der Wirtschaft geradezu heraus. Darin liegt eine der größten Stärken dieser Initiative. Die der Initiative zugrundeliegenden Tatbestände sind noch relativ wenigen Leuten bekannt; die Bildungsanstrengungen werden großen Einsatz erfordern. Wenn aber die Tatsachen einmal ausgelegt sind, so sprechen sie für sich, wenigstens bei jenen, welche so etwas wie eine soziale Sensibilität noch nicht ganz verloren haben.

Die Stunde der Weißwäscher und Lobbyisten

Die Public-Relations-Leute der Banken versuchen mit klassischen Marketingstrategien den argumentativen Notstand zu überdecken. In der Öffentlichkeit demonstriert man unverdrossen Sicherheit und persönliche Nähe. Man gibt sich einfach, bürgernah und versucht derart, das narkotisierende Bild einer idyllischen Bankenwelt zu verbreiten. Oder man arbeitet mit Teilwahrheiten und deklariert sie als die Wahrheit. So etwa die Schweizerische Bankgesellschaft mit einer bankinternen Untersuchung über die Fluchtgeldfrage, welche über Inserate und Medien groß verbreitet wurde. Einige wenige Fragen zu dieser «Untersuchung» genügen, um sie als krampfhaften Versuch des Weißwaschens zu entlarven. Und trotzdem, auch solche Teilwahrheiten, zigtausendmal gesagt und gedruckt, werden mit der Zeit für voll genommen. Das ist ein ehernes Gesetz der öffentlichen Meinungsbildung.

Aber auch die klassische Lobbyarbeit wird aufgebaut. Dem Vernehmen nach waren es die Banken, welche den Zürcher Kirchenrat bereits im letzten Herbst um Gespräche ersucht haben. Das ist durchaus legitim, nur hätte die kirchliche Öffentlichkeit vielleicht gerne mehr gewußt über diese Gespräche. Der magere Hinweis im Jahresbericht der Zürcher Kirche gibt dazu wenig her. Die Banken haben offenbar

gemerkt, daß kirchliche und entwicklungspolitische Kreise in der politischen Auseinandersetzung um diese Initiative möglicherweise eine ausschlaggebende Rolle spielen werden.

Eines hat sich bis heute klar gezeigt: wohl zum ersten Mal in der politischen Geschichte der Schweiz macht eine Branche, ja eine kleine Gruppe mächtiger Banken auf direkteste Art Innenpolitik. Was früher noch Politikern und Parteien vorbehalten war, ist heute Sache von Branchen und sogar einzelnen Unternehmen geworden. Dieser Stilwandel sollte zu denken geben. Meinte ein SVP-Politiker, auf diese Tatsache angesprochen: «Die Sache ist noch nicht aktuell.» Nicht wesentlich anders verhalten sich die Kirchen. Das Problem der Fluchtgelder und des Bankgeheimnisses ist schon seit Jahren bekannt. Aber kircheneigene Studien sind erst dann in Auftrag gegeben worden, als das Problem auf dem politischen Tische lag. Heute müssen Entscheidungen unter politischem Druck gefällt werden, auch wenn dies niemand offen sagt. Und wesentlich neue Erkenntnisse zum Problem sind nicht mehr zu erwarten, höchstens neue Illustrationen. Denn weder angesprochene Bankiers noch die Bankiervereinigung haben in den von den Initianten vorgelegten Daten, Fakten und Zusammenhängen wesentliche Irrtümer feststellen können.

Das Image des Finanzplatzes Schweiz scheint mir heute angeschlagen, und zwar nicht wegen der Bankeninitiative. Die Chronik der laufenden Ereignisse sorgt mehr als genug dafür. Oder was soll ich davon halten, wenn mir ein französischer Radioreporter erzählt, er sei in der Nähe von Zürich von einem in die Zöllneraffaire verwickelten Akteur aus der Umgebung einer der Großbanken mit der Waffe bedroht worden — und dies, nur weil er Fragen stellte? Das sind Anzeichen steigender Nervosität, Anzeichen, welche — Bankeninitiative hin oder her — zum Aufsehen mahnen.

Stärken-Schwächen-Profil für die bankenpolitische Bildungsarbeit

Im folgenden versuche ich, aus der Sicht der Erklärung von Bern ein Stärken-Schwächen-Profil für die Banken-Bildungsarbeit aufzuzeigen. Im Gegensatz zu den Ueberlegungen auf Bankenseite sind unsere Ueberlegungen öffentlich. Wenn dabei wiederum von «den Banken» die Rede ist, so sind damit die eingangs unter 1. erwähnten Exponenten gemeint.

Schwächen der Banken

1. Die Ueberzeugungskraft der Information fehlt, das was die Banken wissen, können und dürfen sie nicht sagen. Man versucht, mit klotzigen Argumenten und Teilwahrheiten auszuweichen.

2. Gegenüber Gerechtigkeitsfragen wie Steuerhinterziehung und Fluchtgeldern wirken die Banken hilflos. Diese Argumentationsebene ist ihnen ungewohnt. Die herrschende Doppelmoral (verbal gegen Steuerhinterziehung oder Fluchtgelder, gewollt oder ungewollt begünstigt man beides) macht die Bankenvertreter unglaubwürdig.

3. Die Bänker sind sich nicht gewohnt, entwicklungspolitisch zu diskutieren. Das Entwicklungsverständnis reduziert sich oft auf Soll und Haben. Man hat ein Unbehagen gegenüber engagierten Christen.

4. Banken reagieren äußerst empfindlich auf ihr Image, besonders im Ausland.

5. Die Funktion des Finanzplatzes Schweiz als Drehscheibe für hinterzogene Gelder und Gelder aus düsteren Quellen wird durch die Chronik der laufenden Ereignisse immer wieder bestätigt.

Stärken der Banken

1. Das materielle Informationspotential der Banken ist enorm hoch (Inserate, Broschüren, Werbegags, kulturelle Anstrengungen, Werbespots usw.), die Finanzierungsquellen sind beinahe unerschöpflich.

2. Den Banken gelingt es, ihre Kunden emotional an sich zu binden und damit ihre Sichtweise auf die Kunden zu übertragen. Ihr Verunsicherungspotential gegenüber Kleinkunden ist groß («die wollen uns und damit auch Sie kaputt machen»).

3. Das innenpolitische Gewicht der Banken ist hoch, einmal als volkswirtschaftlicher Faktor mit über 80 000 Arbeitsplätzen. Die Lobby ist sehr präsent (eidgenössische Kommissionen, Parlament, Presse und Medien, Vereine, nationale Institutionen usw.).

4. Die Banketagen sind teilweise mit ausgesprochenen Rechtskreisen und deren Public-Relations-Agenturen formell und informell verfilzt (PR-Büro Farner mit informellen Fäden in die Inland- und Wirtschaftsredaktionen).

5. Eine wichtige Stärke der Banken ist die Unkenntnis weiter Bevölkerungskreise über das, was die Banken nebst dem Gewähren von Hypothekarkrediten und dem Verwalten von Lohnkonten sonst noch tun. Während Jahren haben die Banken über sich selber ein idyllisches Bild verbreitet, bis tief in die Schulen und Universitäten hinein.

Unsere Schwächen

1. Die verfügbaren Mittel (personell und finanziell) für die Informations- und Bildungsarbeit sind begrenzt.

2. Die Aktion Finanzplatz Schweiz—Dritte Welt ist als Zusammenschluß von acht Entwicklungsorganisationen auf dem klassischen politischen Parkett nahezu bedeutungslos.

3. Die zu vermittelnde Materie (Initiative selber, sachliche Zusammenhänge und Hintergründe) ist abstrakt und kompliziert.

4. Die Ängste in der Bevölkerung vor einer möglichen Veränderung im allgemeinen und speziell in diesem Bereich sind sehr ausgeprägt. Die Überzeugung, daß es einen Sinn hat, sich einzumischen und mitzureden, ist wenig entwickelt.

5. In der Öffentlichkeit ist ein großer Bildungs- und Informationsmangel vorhanden. Wir sind nicht in der Lage, unsere Informationsarbeit kontinuierlich und breit zu leisten.

Unsere Stärken

1. Die Überzeugung, daß sich etwas ändern muß, ist bei den Aktiven sehr groß.

2. Die Information von unserer Seite her ist seriös, abgestützt auf Tatsachen und vielfach belegt. Und wir können es uns erlauben, Informationswege zu benützen, welche auf vereinfachende Art politische Aussagen machen (Rollenspiele, Straßentheater usw.).

3. Interessierte Kreise im Ausland (Anti-Apartheid-Bewegung zum Beispiel) verfolgen unsere Arbeit mit Aufmerksamkeit und können Erfahrungen vermitteln.

4. Wir sind fähig, politische Information mit sozialen Aktionen zu verbinden, dank vorhandener Ideen, kreativer Arbeitsgruppen und einem großen Netz von informellen Verbindungen zwischen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Alle diese Leute arbeiten aus Überzeugung und teilweise in ihrer Freizeit mit.

5. Die Zeit arbeitet für uns. Immer wieder werden Fälle bekannt, welche auf einfache Art die Problematik sichtbar werden lassen.

Konsequenzen

Aus diesem groben Vergleich ergeben sich für unsere Arbeit folgende Konsequenzen:

Allgemein sollten wir in Kenntnis unserer Schwächen die eigenen Stärken ausbauen und die Öffentlichkeitsarbeit der Banken beiseite lassen. Es hat wenig Sinn, sich auf ihr politisches Werbeniveau einzulassen oder sich allzu stark auf sie zu konzentrieren. Konkret heißt dies:

— Wir müssen die Bildungs- und Informationsarbeit mit eigenen Mitteln und Methoden vorantreiben.

— Wir müssen unsere Informationen mit visuellen Mitteln umsetzen.

— Wir brauchen Aktionen, welche auch Laien miteinbeziehen, welche mobilisierend wirken und über die Informationen vermittelt

werden können. Derartige Aktionen müssen etwas bewirken (zum Beispiel wirtschaftlich) und müssen vor allem zu persönlichen Erfolgserlebnissen für die an der Aktion Beteiligten führen können.

— Wir müssen an der politisch-klassischen Lobbyarbeit dosiert teilnehmen.

— Wir müssen breite Kampagnen vorbereiten, welche ein einfaches Thema aus der ganzen Problematik herausgreifen und damit zu überzeugen vermögen.

— Wir müssen dazu beitragen, daß das Thema Finanzplatz Schweiz kontinuierlich medienpräsent ist.

Zusammengefaßt geht es darum, Politik zu machen in einem Bereich und mit Methoden, welche nicht die kommerzialisierte politische Werbung der Banken zu konkurrenzieren versucht. Wir sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, den kritischen Teil der Bevölkerung in der eigenen Ueberzeugung zu stärken, ihm Mut zu machen, sich einzumischen und mitzureden.

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Die Wut der Betonkinder

Zürichs Jugend — und nicht nur sie — ist erwacht, Zürichs Politik — und nicht nur sie — herausgefordert, die Frage unserer Solidarität gestellt. Ein Begriff wie «Tendenzwende» ist über Nacht aus dem politischen Vokabular verschwunden. Die Nacht ist datierbar: vom 30. auf den 31. Mai, als erstmals 200 Jugendliche gegen eine Stadt demonstrierten, die unfähig scheint, für die kulturellen Bedürfnisse der Jugend einen geeigneten Rahmen zu finden, aber sehr wohl fähig, 60 Millionen für die Sanierung ihres Opernhauses zu verschleudern. Seither kommt Zürich nicht mehr zur Ruhe. Gegen ein Demonstrationsverbot des Stadtrates protestieren am 21. Juni 7000 «Unzufriedene». Und auch die zwölfstündige Treibjagd vom 12. Juli gegen wahllos alles, was sich bewegt, kann neue Demonstrationen nicht verhindern. Mit Polizeieinsätzen ist Resignation offenbar nicht wiederherzustellen.

«Packeris»

Komplex sind die Ursachen des Jugendbebens. Die Forderung nach autonomen Freiräumen ist nicht zu trennen von einem tiefwurzelnden Unbehagen an unserer Gesellschaft. Denselben Hintergrund haben auch scheinbare Nonsense-Parolen wie: «Freiheit für Grönland — schmelzt